Nr. 283. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 4. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Schweden und Dänemark gegen verschärfte Blockade!

Paris, 3. Juni. (Reuter). Es wird gemeldet, daß Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die kürzliche Anfrage der Ententemächte geweigert haben, bei einer eventuellen Erneuerung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Weitere Ausdehnung der Streikbewegung in Frankreich.

Ernste Besorgnis der Presse.

Versailles, 3. Juni. Wie schon gemeldet, streiken seit heute früh sämtliche Untergrundbahnangestellte, Beamte und Arbeiter. Der gesamte Verkehr ruht. Wie die Abendblätter mitteilen, haben in den Vormittagsstunden streikende Untergrundbahnangestellte begonnen, Omnibusse und Straßenbahnen in Paris anzuhalten. Nachmittags ruhte auch der gesamte Betrieb dieser beiden Verkehrsmittel.

Die Bewegung greift immer weiter um sich. In sämtlichen Vororten von Paris, die wie Boulogne, Billancourt und St. Denis große Industriemittelpunkte sind, haben sämtliche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken usw. im Laufe des heutigen Vormittags schließen müssen. In der französischen Provinz beginnen sich jetzt auch in den Departements am Jura Bewegungen bemerkbar zu machen. Dabei erklären sämtliche Blätter, daß der Streik in voller Entwicklung steht und noch weiter um sich greifen wird. „Populaire" bezeichnet den Streik als Generalstreik aller Transportarbeiter von Paris. Das Blatt erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht nur bessere Löhne und den Achtstundentag durchsetzen, sondern vor allem gegen die verbrecherische Fortsetzung des Krieges mit der Arbeiterschaft Rußlands und den Arbeiterrevolutionen protestieren wolle. Die Regierung werde gut daran tun, dies nicht aus den Augen zu verlieren. Nichts könne die Volksstimme verhindern, sich Gehör zu verschaffen und den Willen der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie auf dem Gebiet der allgemeinen Politik zu bekunden. „Heure" dagegen spricht dem Streik jede politische Bedeutung ab. Es handle sich um Lebensmittelteuerungsausstände. Die nationalistischen Blätter führen aus, man wolle die Arbeiterschaft lediglich dazu verleiten, unter dem Deckmantel eines Lohnstreiks Frankreich um seinen Sieg zu bringen, indem man für den Bolschewismus, der der beste Helfershelfer Deutschlands sei, eintrete. „Débats" hofft, daß die Mehrheit, die gesunden Menschenverstand besitze, einsehen werde, wohin man sie treiben möchte. „Temps" erklärt, die französischen Arbeiter dürften sich nicht hinters Licht führen lassen. Arbeiter und Arbeitgeber sollten sich loyal verständigen. Jetzt müßten sie an Frankreich denken, welches man vor der sozialen Gefahr eines Klassenkampfes retten müsse.

Kritische Lage in Irland.

Einsetzung von Sowjets.

Berlin, 4. Juni. Die Lage in Irland spitzt sich weiter zu. Die „Morning Post" vom 31. Mai betitelt ihren Leitartikel mit „Sowjet in Irland" und berichtet, daß von der Irish Cooperative Commonwealth, die mehr als 1000 kooperative Gesellschaften umfaßt, Sowjeträte nach russischem Muster in mehreren Plätzen eingesetzt worden sind. Die „Morning Post" stellt die Frage, ob die Regierung beabsichtige, Irland demnächst wiederzuerobern.

Räterepublik in der Slowakei?

München, 4. Juni (T. U.). Die „Augsburger Abendzeitung" enthält ein Privattelegramm aus Wien, wonach in der Slowakei die Räterepublik ausgerufen sein soll.

Kein Streik in München.

Die Nachricht der „Freiheit", daß heute die Arbeiterschaft aller Betriebe zum Protest gegen das Urteil Levinés in den Streik eingetreten sei, ist unrichtig. Es wird in München, wie uns von dort gedrahtet wird, überall gearbeitet; die Stadt ist vollkommen ruhig.

Zur Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgenden Antrag angenommen:

Die Regierung hat ihre Erklärung in der Nationalversammlung, die Militärgerichtsbarkeit für nichtmilitärische Vergehen aufzuheben, bisher nicht durchgeführt.

Die Fraktion fordert von der Regierung auf das bestimmteste, daß unverzüglich die Militärgerichtsbarkeit entsprechend ihrer früheren Erklärung aufgehoben und darüber hinaus die Militärgerichtsbarkeit überhaupt beseitigt wird.

Wie uns dazu mitgeteilt wird, sind die gesetzgeberischen Arbeiten zu dieser Gesetzesreform in Vorbereitung.

Zum Todesurteil gegen Levinés.

Das Todesurteil gegen den Kommunistenführer Levinés ist, wie uns ein Privattelegramm aus München meldet, von der dortigen Bevölkerung ohne äußere Anzeichen der Erregung aufgenommen worden. Das läßt auf eine gewisse Erschlaffung schließen, die nach den schweren Erschütterungen der letzten Zeit eingetreten ist, aber keineswegs darauf, daß das Urteil selbst Billigung findet.

Wir können nur mit der größten Entschiedenheit wiederholen, daß uns eine Vollstreckung dieses Urteils geradezu undenkbar erscheint. Als schärfster Gegner der verhängnisvollen kommunistischen Bestrebungen halten wir zugleich daran fest, daß in der Deutschen Republik niemand für eine Tat, die ehrlicher politischer Ueberzeugung entsprang, dem Scharfrichter verfallen, daß die an sich verwerfliche Todesstrafe auf keinen Fall politische Verbrecher treffen darf.

So sehr es die Pflicht der Republik ist, ihre Justiz von Resten einer barbarischen Vergangenheit zu befreien, so entschieden muß aber auch auf der anderen Seite die kommunistisch-unabhängige Theorie zurückgewiesen werden, nach der die gegenwärtige Staatsordnung kein Recht habe, sich gegen Umsturz zu schützen, weil sie selbst aus Umsturz entstanden sei. Diese Theorie ist nur für den besonderen Zweck erfunden, und ihre Erfinder selbst wären die ersten, sie wieder preiszugeben, wenn sie einmal auf Bestehen monarchistischer Putsche angewendet werden sollte.

In der Praxis wird keine bestehende Staatsgewalt darauf verzichten, sich gegen Umsturz zu schützen, denn verzichtete sie darauf, so wäre sie keine. Eine Regierung, die bereit ist, vor jedem beliebigen Dutzend von Revolverträgern abzudanken, verdiente ihren Namen nicht. Aber über der Gesetzlichkeit, auf die sich jede Regierung stützen muß, steht die Rechtmäßigkeit, und die derzeit in Deutschland bestehenden Regierungen führen bekanntlich ihre Existenzberechtigung nicht auf brutale Gewalt oder auf formale Gesetze, sondern auf das höhere Recht der Demokratie zurück.

Wenn Regierungen, die berufene Vertreter des Volkswillens sind, sich der Gesetze bedienen, um die demokratische Staatsordnung zu schützen, so tun sie das nach sozialdemokratischer Auffassung von Rechts wegen. Gewaltanwendung gegen eine bestehende Staatsordnung ist immer ungesetzlich, darum aber nicht immer politisch und moralisch verwerflich, das wird sie erst dann, wenn sie sich gegen die rechtmäßige Staatsordnung der Demokratie richtet. Wir sehen darum in der Verteidigung der Demokratie gegen gewaltsame Umsturzversuche von rechts und links nicht nur eine gesetzlich-mechanische Notwendigkeit, sondern wirkliches Recht!

Die Demokratie bedarf aber nicht des Henkers, um sich zu schützen. Darum darf das Todesurteil gegen Levinés nicht vollstreckt werden.

Toller verhaftet.

München, 4. Juni (WTB.) Heute wurde in Schwabing der wegen Hochverrats gesuchte stud. jur. Toller, geboren am 1. Dezember 1893 in Samotschin (Posen), verhaftet.

Gegen die Vermögensverschiebungen.

Zurückziehung der Truppen aus Lettland.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgende Interpellation zur schleunigen Beratung eingebracht:

„Ist der Regierung bekannt, daß die großen Einkommen und Vermögen auf den verschiedensten Wegen, insbesondere durch Abwanderung nach dem Auslande, der steuerlichen Erfassung entzogen werden?

Ist ihr weiter bekannt, daß den Reichsfinanzen unabsehbarer Schaden zugefügt wird durch die Annahme von Kriegsanleihe zum Nennwert beim Verkauf von Heeresgut?

Ist die Regierung bereit, in kürzester Frist der Nationalversammlung Gesetzentwürfe zur schärfsten Erfassung der Kriegsgewinne und der großen Einkommen sowie zur Erhebung einer allgemeinen progressiven Vermögensabgabe vorzulegen?

Ist sie ferner bereit, die Inzahlungnahme der Kriegsanleihe zum Nennwert sofort einzustellen?"

*

Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung dem Beschluß des Parteivorstandes zugestimmt, wonach die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Lettland, die Abberufung des General Goltz und die Entlastung der Mitglieder der lettischen Regierung verlangt wird.

Der Oberpräsident von Sachsen. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, bestätigt sich die Meldung nicht, daß Genosse Dr. August Müller zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt worden sei.

Betriebsräte und Mitbestimmungsrecht.

Von Franz Krüger.

Der jetzt vom Reichsarbeitsministerium zur öffentlichen Diskussion gestellte Gesetzentwurf über die Betriebsräte wirkt in keiner Weise befriedigend. Ich will absehen von einer Reihe unübersichtlicher und ungenauer Fassungen, die sich bei einer nochmaligen Ueberarbeitung des Entwurfs leicht beseitigen lassen. Aber die Vorschriften über die organisatorischen Grundlagen der Betriebsräte enthalten Bestimmungen, die eine starke Aengstlichkeit und Voreingenommenheit gegenüber der zu erwartenden Tätigkeit der Betriebsräte verraten. Vor allem aber bringt der Entwurf in keiner Weise eine Verwirklichung des von der Reichsregierung feierlich gegebenen Versprechens, wonach die Arbeitnehmer in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses zur gleichberechtigten Mitwirkung herangezogen werden sollen.

Es ist z. B. nicht einzusehen, weshalb man 24 Jahre alt sein muß, um in einen Betriebsrat gewählt zu werden, während man schon mit 20 Jahren in alle gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Republik gewählt werden kann. Wenn man bei der Tätigkeit der Betriebsräte die wenig abgeklärten und leicht zu unsachlichen, maßlosen Forderungen geneigten jungen Elemente etwas zurückdrängen will, so mag das Ziel ja richtig sein, seine Erreichung soll man aber ruhig dem gesunden Empfinden des Arbeitnehmers selbst überlassen, das sich auch nach dieser erregten und gärenden Zeit wieder durchringen wird. Ein passives Wahlalter von 20 Jahren genügt daher vollkommen. Ich bin sogar der Meinung, daß man bei dem aktiven Wahlrecht ruhig auf das 18. Lebensjahr zurückgehen kann, da man das Mitbestimmen in Fragen des Arbeitsverhältnisses und damit die Erziehung das Verantwortungsgefühls möglichst früh gestatten soll.

Ganz besonders ungenügend sind aber die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Der Betriebsrat soll gemäß § 15 Ziffer 1 des Entwurfs darüber wachen, daß die in dem Betrieb maßgebenden Tarifverträge und die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden. Er soll weiter, insoweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen mitwirken. Es fehlt jedoch jede nähere Bestimmung über die Art der Mitwirkung, so daß den Arbeitgebern die Möglichkeit, hier möglichst enge Grenzen zu ziehen, gegeben wird, und dadurch von vornherein die Gefahr von Gegensätzen und Kämpfen in das Arbeitsverhältnis und die Tätigkeit der Betriebsräte hineingetragen wird.

Die Mitwirkung bei Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen soll zum Teil nicht einmal soweit gehen, als es bisher bereits durch freie Vereinbarung zugestanden war. Der Arbeitgeber soll von der bereits vollzogenen Einstellung dem Betriebsrat Mitteilung machen, der dann Einspruch erheben kann. Erfolgt keine Einigung, so kann der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Erklärt dieser den Einspruch des Betriebsrats für berechtigt, so muß der betreffende Arbeitnehmer zum nächst zulässigen Termin gekündigt werden. Kündigungen, Entlassungen müssen allerdings schon vor ihrem Ausspruch dem Betriebsrat mitgeteilt werden. Der Einspruch desselben hat jedoch keine aufschiebende Wirkung, sondern eine günstige Entscheidung des Schlichtungsausschusses hat lediglich das Recht auf Wiedereinstellung für den Betreffenden zur Folge. Das ganze Verfahren bedeutet also in der Regel Aussicht auf einen Zukunftswechsel, auf den sehr viele Angestellte nicht warten können.

Woraus ist denn überhaupt das stürmische Verlangen der Arbeitnehmer und besonders der Angestellten nach diesem Mitbestimmungsrecht entstanden? Es ist die ganz natürliche Reaktion auf die frühere brüske Behandlung durch die Arbeitgeber. Wenn es auch den Arbeitern in einer Reihe von Industriezweigen allmählich gelungen war, sich und ihren Organisationen eine gewisse Anerkennung zu verschaffen, so traf das bei den Angestellten nicht zu. Durch die geringe Stärke ihrer Organisation, ihre Organisationszersplitterung und die völlig falsche Grundlage vieler Angestelltenorganisationen hatten die Angestellten bis zur Revolution aus eigener Macht nicht ihre Anerkennung als gleichberechtigter Faktor im Arbeitsverhältnis durch die Arbeitgeber erreichen können. Freiwillig hat aber das Unternehmertum diese Anerkennung nicht gewährt. Auf das erbittertste haben die Arbeitgeber alles bekämpft, was ihr Alleinbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis beeinträchtigen könnte. Je mehr sie von den Arbeitern zum Verhandeln und zu Vereinbarungen gezwungen wurden, desto mehr lehnten sie den Angestellten gegenüber jedes derartige Zugeständnis ab. Noch bis in das Jahr 1918 hinein lehnten die maßgebenden

Arbeitgeberorganisationen es ab, mit Angestelltenorganisationen zu verhandeln, und als im Hilfsdienstgesetz neben den Arbeiter- auch der Angestelltenausschuß gestellt wurde, da haben die Arbeitgeber alles versucht, um das zu verhindern. Ganz zu schweigen von den vielfachen Schikanen und auch grundsätzlichen Erschwerungen, die man der Tätigkeit der Angestelltenausschüsse bereitete, und der Schikanen und Schädigungen, denen ihre Mitglieder ausgesetzt waren. Militärische Einberufungen mißliebiger Personen waren ja während des Krieges keine Seltenheit und mit diesem Druckmittel versuchte man alle kräftigen Bewegungen hintanzuhalten. — Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß auch in zahlreichen Fällen Arbeitgeber in anerkennenswerter Weise mit ihren Angestelltenausschüssen gearbeitet haben.

Als nun diese Fesseln fielen, da mußte auch die Arbeitgeberschaft anerkennen, daß sie von nun ab nicht mehr allein „Herr im Hause" sein könne, sondern daß der Arbeitnehmer als das wichtigste Organ im Produktionsprozeß ein Anrecht auf Mitbestimmung habe. Das muß jetzt einwandsfrei gesetzlich festgelegt werden. Und die bisherige Entwicklung der Dinge erklärt auch, daß die Angestellten jetzt genügende Sicherheiten haben wollen, da die früheren Vorgänge nicht geeignet sind, blindes Vertrauen zu erwecken. Um so mehr liegt es jetzt im Interesse der Schaffung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse, daß klare Grundlagen über die Rechte des Betriebsrats gegeben werden. Eine der wichtigsten Fragen ist aber die des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer bei Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen. Auf diesem Gebiete haben die Arbeitnehmer eben die traurigsten Erfahrungen gemacht. Ich bin deshalb der Meinung, daß man dem Betriebsrat das Recht geben muß, gegen Einstellungen vor ihrem Abschluß Einspruch zu erheben, und daß sowohl Einstellungen, als auch Entlassungen und Kündigungen nicht früher erfolgen dürfen, bis eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat oder eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses vorliegt.

Es kann auch nicht genügen, wenn der Betriebsrat nach § 20 des Entwurfs bei Einstellungen vom Arbeitgeber über Art und Umfang derselben gehört wird, wenn diese durch Erweiterungen, Einschränkungen oder Stillegung des Betriebs oder durch die Einführung neuer Techniken erforderlich werden. Wenn man weiß, welche Maßnahmen schon immer mit Betriebseinschränkungen usw. begründet worden sind, so muß man in diesem Fall um so mehr einen Einfluß für den Betriebsrat verlangen. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb nicht auch für diese Fälle eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat und eventuell dem Schlichtungsausschuß vorgesehen werden soll.

Es ist auch ferner kein Grund ersichtlich, weshalb (§ 17) für die Betriebsräte der Behörden des Reichs, der Gliedstaaten, der Gemeinden sowie der Träger der sozialen Versicherungen (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften) nicht das Recht des § 15, Ziffer 10 und des § 16 Abs. 1 gelten solle. Danach soll der Arbeitgeber bei der Betriebsverwaltung vom Betriebsrat durch Rat unterstützt werden und der Betriebsrat soll für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen sorgen. Er hat ferner das Recht, vom Arbeitgeber Auskunft über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge sowie Einsicht in die Lohnbücher zu verlangen. Ich kann nicht zugeben, daß die Leitung der Behörden, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. nicht auch den Rat der Angestellten über die Führung des Betriebs brauchen kann, da schließlich auch in diesen Betrieben die Angestellten über einige praktische Erfahrungen verfügen, die manchmal über diejenige leitender Beamten nicht unwesentlich hinausgehen wird. Das, was man dem Privatarbeitgeber für seinen Betrieb als Beschränkungen seines Rechts vorschreibt, das kann man in den genannten Betrieben den leitenden Beamten gegenüber erst recht tun. Keine Interessen des Betriebes, keine öffentlichen oder allgemeinen Interessen können dadurch irgendwie geschädigt werden.

Sehr dehnbar sind einige andere Bestimmungen. Man kann es noch als berechtigt ansehen, daß der in § 22 vorgeschriebene Vertrauensmann, der zur Entgegennahme von Mitteilungen des Arbeitgebers bei Einstellungen bestimmt ist, 25 Jahre alt sein soll, nicht aber, daß er eine Beschäftigungszeit von 3 Jahren im Betriebe hinter sich haben muß. Ich bin allerdings der Meinung, daß für dieses Amt ein Arbeitnehmer bestimmt wird, der den Betrieb und seine Bedürfnisse einigermaßen kennt, dafür wird aber eine einjährige Beschäftigung genügen. Es ist auch nicht ganz klar, wenn der § 20 vorschreibt, „die Vertrauensperson ist verpflichtet, über die ihr seitens des Arbeitgebers gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren. Verletzt sie diese Schweigepflicht oder mißbraucht sie das Amt in anderer Weise, so kann der Arbeitgeber die Stellung einer anderen Vertrauensperson verlangen". Soll etwa das Stillschweigen auch gegenüber den Betriebsräten vorgeschrieben sein? Und worin soll ein Mißbrauch des Amts gesehen werden? Auch hier ist allen Schikanen Tür und Tor geöffnet, so daß eine nähere Umschreibung dringend erforderlich ist.

Schon diese wenigen Bemerkungen zeigen, daß die Bestimmungen des Gesetzentwurfs keineswegs geeignet sind, den Betriebsräten Gelegenheit zur erfolgreichen Arbeit zu geben, sie zu einem gleichberechtigten Faktor gegenüber dem Arbeitgeber zu machen, und Klarheit in ihrem Verhältnis zum Arbeitgeber zu schaffen. Diese drei Voraussetzungen aber müssen erfüllt werden, wenn die Betriebsräte ein Hilfsmittel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands werden sollen. Die hierfür notwendige Arbeitsfreudigkeit des deutschen Volkes muß in der kommenden schweren Zeit geschaffen werden. Soll der Gesetzentwurf über die Betriebsräte hierzu dienen, so muß er eine wesentliche Umgestaltung erfahren.

Ein Droherlaß des Generals Mangin.

Schwerindustrielle Verräter.

Der französische General Mangin hat in Mainz gegen die Proteststreiks einen Erlaß herausgegeben, in dem er die Führer derartiger Kundgebungen mit der Ausweisung aus dem besetzten Gebiet bedroht. Der Erlaß stellt u. a. die lächerliche Behauptung auf, daß hinter der Rheinischen Republik eine sehr große Stimmenmehrheit der Bevölkerung stehe.

Nach einer Meldung der „V. Z." stellt sich immer mehr heraus, daß die Haupturheber des Verrats schwerindustrielle Kreise sind, vertreten durch ihre Rechtsanwälte Schreiber und Winkler und dem Justizrat Dr. Fuld.

Die Unabhängigen gegen die Zerreißung Deuschlands.

Ein Aufruf.

Das Zentralkomitee der U. S. P. erläßt einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, in dem es nach einer scharfen Kennzeichnung der verräterischen Umtriebe im Rheinland und ihrer Hintermänner, ehemaliger alldeutscher Annexionisten und klerikaler Machtpolitiker, heißt:

Gegen diesen Volksverrat ihrer schlimmsten Feinde erhebt die sozialdemokratische Arbeiterschaft den schärfsten Protest. Das Proletariat fordert gerade von seinem grundsätzlichen Standpunkt aus den nationalen Einheitsstaat. Die nationale Zerreißung hemmt und verfälscht seinen Klassenkampf. Die deutsche Arbeiterklasse fordert die sozialistische Einheitsrepublik; sie bedarf der einheitlich zusammengefaßten Staatsmacht, um die großen politischen Aufgaben, die seine Herrschaft dem Proletariat stellt, zu erfüllen; sie bedarf des einheitlichen Wirtschaftsgebietes, um die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft durchzuführen. Zugleich wird weitgehende Selbstverwaltung, besonders auf allen kulturellen Gebieten, jene Einförmigkeit und Uniformierung trotz straffer Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und politischen Energien verhindern.

Zu den Proteststreiks in Köln, Wiesbaden, Mainz usw. spricht der Aufruf seine volle Zustimmung aus und fordert die Arbeiter auf, weiter „unbeugsame Feinde aller separatistischen Verrätereien" zu bleiben. Dann heißt es:

Im Verein mit der ganzen Internationale protestieren wir gegen den Gewaltfrieden, der deutsches Gebiet gegen den Willen der Bevölkerung abtrennen und die Kraft der deutschen Arbeiterklasse lähmen will. Wir vertrauen darauf, daß der siegreiche Vormarsch der Internationale diese Gefahren bannen werde. Im Innern aber wollen wir den kapitalistischen und klerikalen Verrätern durch die Macht der deutschen Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß ihre Fluchtversuche vor dem Sozialismus zum Scheitern verurteilt sind.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß in diesem Falle es in der ganzen sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands nur eine Meinung gibt.

Das Schießverbot vom 9. November.

Scheüch kämpft gegen die Verleumdung, Vernunft zu besitzen.

Der unblutige Verlauf der Novemberrevolution in Berlin war bekanntlich zum großen Teil dem Umstand zu verdanken, daß ein Befehl an die Truppen erging, nicht zu schießen. Daß ohne diesen Befehl der schließliche Verlauf der Revolution ein anderer geworden wäre, kann nur ein Narr glauben, der in der Novemberrevolution einen „Waffenerfolg" sieht; — aber sie hätte überflüssige Opfer erfordert, die nun vermieden wurden. Daher kann dieser Befehl nur als im höchsten Grade vernünftig bezeichnet werden.

In reaktionären Offizierskreisen ist jedoch nun eine heftige Debate darüber entbrannt, wer der „Schuldige" an diesem Befehl sei. Ein obskures Winkelblatt hat den ehemaligen Kriegsminister Generalleutnant Scheüch als den Betreffenden bezeichnet. Seltsamerweise fühlt sich der Deutsche Offiziersbund veranlaßt, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und zwar in der Weise, daß er nicht nur die „rein verleumderische Behauptung" zurückwies, sondern noch ihren Urheber, einen Offizier, aus dem Verbande ausschloß.

Auch Herr Scheuch selber, anstatt sich zu freuen, daß ihm jemand soviel Vernunft und Einsicht zutraut, fühlt sich bewogen, die „verleumderischen Behauptungen und Anschuldigen" unter Protest zurückzuweisen. In seiner Erklärung heißt es:

„Es steht nach den ganzen Aufzeichnungen unumstößlich fest, daß weder vom Prinz Max von Baden, noch vom Kriegsministerium eine Anordnung, von der Schußwaffe keinen Gebrauch zu machen, an die Truppen ergangen ist. Der einzige Befehl, der dahin ging, und an das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps gerichtet war, ist, allerdings erst nach Bekanntgabe der Thronentsagung Sr. M., vom Oberkommando in den Marken gegeben worden. Dieser Befehl erging vom Oberkommando unmittelbar und ohne daß der Kriegsminister davon Kenntnis erhielt und ohne daß irgendjemand vom Kriegsministerium daran beteiligt worden ist.

In der alldeutschen Presse hat diese Erklärung nun die Frage veranlaßt, ob das Oberkommando in den Marken auf eigene Faust gehandelt habe. Nach unserem Wissen durchaus nicht, sondern auf Veranlassung der maßgebenden höchsten politischen Behörde des Deutschen Reichs. General Scheüch, der so löwenhaft gegen den Vorwurf der Vernunft kämpft, ist unseres Erachtens nicht richtig informiert. Das Schießverbot war der letzte Akt des Kabinetts des Prinzen Max von Baden, das damit einen Abgang genommen hat, für den ihm die Anerkennung des Volkes gebührt.

Für die Einigung des Proletariats.

Elberfeld, 4. Juni. Der Bezirksparteitag der niederrheinischen Mehrheitssozialisten beschloß einstimmig mit allen Mitteln für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien einzutreten und forderte eine klare Festlegung von Richtlinien vom Parteitage der sozialdemokratischen Partei als Basis für die Wiedervereinigung.

Belagerungszustand in Düsseldorf.

Wegen der Vorgänge in den vergangenen Wochen (Gefangenenbefreiung, Bedrohung und Festsetzung der Stadtverordneten im Rathaus) wurde gestern in Düsseldorf der Belagerungszustand verkündet. Die Militärverwaltung hat erklärt, daß die Polizei weder den Willen noch die Kraft habe, Unruhen zu unterdrücken. In Düsseldorf ist alles ruhig; es wird nicht gestreikt.

Die Filmzigarette.

Von Heinrich Goeres.

Warum sind die Zigaretten so selten, so teuer geworden? Betrübt fragen die Raucher, suchen grimmig in den Geldtaschen, kramen einen Markschein um den andern hervor und erhalten dafür einige jämmerliche Papierröllchen. Halbgefüllt, zerquetscht, vertrocknet, sodaß der winzige Vorrat wirklichen oder vermeintlichen Tabaks darin bei der geringsten Berührung in die Winde stiebt. Der ganze Vorgang ist eine trotz der Banknotenentwertung zehnmal zu hoch bezahlte Illusion oder ein grober Betrug. Wie man es nehmen will. Glücklicherweise sind wir in den hinter uns liegenden Jahren derart an lumpige Illusionen und Betrügereien gewöhnt worden, daß wir sie als normale Bedingungen zum Leben nehmen und uns nicht mehr aufregen. Nur die Neugier läßt sich nicht ganz unterdrücken. Wie ist es mit den Zigaretten?

Die Wahrheit über ihr Verschwinden und ihre Kostbarkeit glaube ich bereits herausgefunden zu haben und bin stolz auf diese volkswirtschaftliche Entdeckung. Das Filmtheater ist es, das der Raucherwelt die Zigaretten entzieht, der Kientopp. Besuchen Sie keine Filmdramatik? Bitte, tun Sie es. Sie brauchen sich nicht zu schämen ob der Geschmacklosigkeit. Sie haben Tausende von Mitgängern. Sie verschwinden unter der Menge. Aber Sie werden den Nachweis für meine Behauptungen entdecken. Es gibt nämlich kein Schauspiel, das sich, wie es poetisch lautet, auf der „zitternden Leinwand" abrollt, bei dem nicht eine Anzahl von Zigaretten als erste und wichtigste Requisition diente.

Ein Graf — darunter tun die Filmdichter es kaum — findet die verlorene Tochter in der Kaschemme wieder. Er stürzt auf sie zu, sieht sich indigniert um, kauft sie los, zündet eine Zigarette an und geht mit der Geretteten ab. — Der Spieler verliert eine Million im Baccarat. Den folgenden moralischen Zusammenbruch und die geistige Erweckung durchsteht er beim Spaziergang im schneebedeckten Park und einem halben Dutzend Zigaretten. — Die nach dem Sohn der vornehmen Dienstgeber angelnde Gesellschafterin denkt abends in ihrem Zimmer bei reichlichem Zigarettenqualm über ihre Schliche nach. — In Petersburg ladet die Fürstin Apreein zum Tee ein und bereitet sich auf den Empfang der Gäste durch Papyrosgenuß vor. — Zwei Liebende erzwingen ihre Vereinigung nach äußerst verzwickten Schlichen, küssen sich halbtot, schauen dankbar zum Himmel empor, worauf sie — zwei Seelen und ein Gedanke — gemeinsam in ein Etui greifen und etwelchen Rauch in die Atmosphäre blasen. Das gleiche Manöver vollführt nach furchtbaren Gemütsverzerrungen der schwankend gewordene Selbstmordkandidat, der eifersüchtige Ehemann, die verlorene Jungfrau, der verzweifelte Bankrotteur, der über dem ersten Liebesbrief brütende Backfisch, die geniale Hochstaplerin. Zigaretten werden ebensowohl verbraucht bei einem Besuch der Pyramiden wie auf einem Ausflug nach Island, auf und unter der Erde, im Flugzeug, im Nord-Süd-Expreß, beim Bankeinbruch wie bei der Verlobung, im Salon und im Verbrecherkeller; kurzum, es läßt sich keine Situation ausdenken, bei der nicht die papierne Hülse ihre Rolle spielt. Natürlich, Kino-Situationen. Ein Filmkavalier, eine Plakatdiva ohne Zigarette — lächerlich. Erst dieses kleine unscheinbare und doch so wichtige Ding bringt sozusagen Leben in die Bude, schafft den großen Stil, den eleganten Schmiß. Was wären alle Künste des Regisseurs, des flotten Liebhabers und der tragischen Heldin ohne diese Vervollständigung?

Millionen von Zigaretten müssen meines Erachtens bei den Kurbelaufnahmen und den Proben konsumiert werden. Das kann auf den Markt nicht ohne Einfluß bleiben. Richtet den Zorn, Ihr Raucher, also nicht allein gegen Kriegsmangel und Schieber, geht ins Kino und überzeugt Euch, wieviel blauer Dunst dort gemacht wird. Dann wißt Ihr, wo die Zigaretten bleiben.

Artzibaschew in den Kammerspielen.

Einige Jahre vor dem Kriege wurde dem russischen Schriftsteller Artzibaschew in Deutschland eine Sensation bereitet. Der Uebersetzer, der Verleger, der Staatsanwalt waren um die Wette bemüht, dem Verfasser des anfangs konfiszierten und dann freigegebenen Romans „Sanin" eine Bedeutung zu verleihen, die er künstlerisch wie zeitgeschichtlich nicht verdiente. In „Sanin" wurde das freie Ausleben der Persönlichkeit verherrlicht, das Recht auf jede, auch die brutalste Sinnlichkeit, unter dem Deckmantel philosophischer Verbrämung proklamiert. Man wollte uns einreden, der russische Freiheitskampf habe sein Ende genommen in einen orgiastischen Sinnenrausch.

Die Mode und das Geschäft, das mit diesen Patschouliretolutionären getrieben wurde, ist längst vorbei und man wundert sich, wenn jetzt noch ein Schauspiel desselben Artzibaschew zu sommerlicher Unterhaltung ausgeboten wird. Sein Drama „Eifersucht" ist ein matter Nachklang von „Sanin". Thema: die erotische Frau, die das Spiel mit den Männern, mit allen Männern als Lebensaufgabe betreibt. In jedem Akt wird sie von ihrem Mann, der die Sache tragisch nimmt, mit einem anderen überrascht. Aber im Grunde ist sie unschuldig und folgt nur ihrer kokeiten Sinnlichkeit. Wenn sie — kurz vor dem Erliegen — schließlich doch ein Opfer ihres eifersüchtigen Mannes wird, bleibt die Frage nach ihrer Schuld ungelöst. Dazwischen wird über alle Weiberprobleme philosophiert. In einem zweiten Paare wird das gleiche Problem variiert. Unter den verschiedenen Liebhabern sind gute Typenbeobachtungen.

Die einzige Berechtigung der Aufführung ist Frau Leopoldine Konstantin, die hier alle Künste als Verführerin und Verderberin spielen lassen kann. Daß sie uns trotzdem kalt lassen muß, ist nicht ihre Schuld. Artzibaschew, dem wir einige gute, z. T. im „Vorwärts" abgedruckte Revolutionsnovellen verdanken, hat hier nicht die Kraft, uns mit dieser „Teufelina" mitfühlen zu lassen. E. Stahl-Nachbaur wußte dem Gatten auch keine zwingende Note abzugewinnen. Feine und psychologisch tiefer dringende Charakterisierung boten Thimig (als unglücklich liebender Student) und Gottowt in der Figur eines gehörnten, sentimentalen Beamten, der Trost im Alkohol sucht.

Mahlers dritte Sinfonie.

Scherchen dirigierte am Dienstagabend in der Philharmonie vor dem großen und dankbaren Publikum der Freien Volksbühne Mahlers Kolossalsinfonie, die Dritte. Man denke: fünf Sätze, Chöre, phantastische, rauschartige Stimmungen, aufwallende barchantische Tollheiten, daneben und grell angesetzt mystisches Erwachen der Natur, Andacht vor dem Knospen und Reifen, Kindlichkeit und Frömmigkeit, Qual und Zerfleischung, Glaube und bitterste Entsagung. Aus solchem dichten Gedränge von Geistigem und Ungeistigem, aus dieser Mischung von Erhabenem und Trivialem erwächst keine Sinfonie. Ein Kunstwerk dennoch, weil auch der Gassenhauer melodisch stilisiert wirkt, weil in der Brandung des ungefügigen Werks Volksweisen aufwirbeln, weil hinter Unbedenklichkeiten der Form und der Linie ein Mensch, ein ganzer Musiker steht. Deshalb ist Mahler berufen, einmal volkstümlich zu werden, wenn die Würdevollen unter den Auch-Menschen sich scheu zurückziehen. Das gar zu sentimentale Gefühl der letzten, unbekümmerten Sätze kann dauernd nicht fesseln; dieser erste elementare Satz aber, in dem sich das Bild von jubelnd und leuchend aufziehenden Arbeiterbataillonen grell aufrichtet, packt und reißt uns fort. Scherchen tat, mehr das Einzelne als das Ganze verlebendigend, das Seine, um diesen Mahler wieder volkstümlich zu machen. Das sei ihm gedankt. ks.

Opernhaus.

Neu einstudiert wurde in der Linden-Oper unter Kapellmeister Uracks musikalischer Leitung die „Zauberflöte" gegeben. Das äußere Gewand dieser Aufführung war prunkvoll, ohne Ueberladenheit, ist aber doch einer neuen künstlerischen Durchformung bedürftig. Voll rauschender sternblitzender Schönheit ist die Szene der Nachtkönigin. Diese Rolle war gesanglich ansprechend durchgeführt von Clare Schultheß-Hansen (als Gast), doch fehlte größere Kraft. Das herrliche Werk zeigte in den meisten Partien, auch in kleineren, erste Besetzung. Dem feierlich erhabenen Stil in Tamino-Pamina und den Tempelgesängen war die Komik der Papagenopartie fein ausgeglichen. Auch die Chöre klangen rein und schön, wie das Spiel des unvergleichlichen Orchesters. Aber schöner Klang allein tut's ebensowenig wie die kostbarste Umrahmung; der Geist entscheidet und es läßt sich leider nicht sagen, daß die Leitung gestern aus Persönlichem beseelende Wirkungen bewiesen habe.

Notizen.

— Vortragskunst. In der Berliner Secession, Kurfürstendamm 232, gibt Ludwig Hardt heute, morgen und übermorgen Lustige Abende. Programm nach Wahl des Publikums aus Hardts bisherigen Vorträgen, dazu zwölf Schauspielerporträts. Anfang 8½ Uhr.

Prozeß Ledebour.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung erklärte Staatsanwalt **Zumbroich**, die drei gestern vernommenen Zeugen **Braß, Schwan** und **Frau Steinbring**, die von der Verteidigung vorgeschlagen worden sind, um die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp zu erschüttern, **stehen wegen schwerer Verbrechen und Vergehen — Frau Steinbring wegen Mordes — in Untersuchung — und Graf Westarp ist in dem Verfahren gegen die drei Genannten der Hauptbelastungszeuge. Ich protestiere dagegen, daß die Angeklagten als Zeugen über die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen gehört werden.** Graf Westarp ist von uns als Zeuge benannt über Vorgänge, die sich bei der Erstürmung des „Vorwärts" ereignet haben. In bezug auf diese Vorgänge ist die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp selbst von der Verteidigung nicht angezweifelt worden. Die Anfechtung seiner Glaubwürdigkeit beginnt erst bei den Vorgängen, die sich nach der Einnahme des „Vorwärts" ereignet haben. Um jeden Anlaß zu nehmen, daß noch weitere Zeugen über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Westarp geladen werden, benenne ich für unser Beweisthema vier weitere Zeugen, die bei der Erstürmung des „Vorwärts" zugegen waren und sogleich vernommen werden können.

Rechtsanw. Herzfeld: Ich finde es höchst sonderbar, daß nach den erschütternden Aussagen von gestern, die den Stempel der Wahrheit tragen, der Staatsanwalt erklärt, diese Zeugen ständen unter der Anklage schwerer Verbrechen. Frau Steinberg sei sogar wegen Mordes angeklagt. Dadurch sucht der Staatsanwalt diese Frau aufs neue in der Oeffentlichkeit bloßzustellen und zu verdächtigen. Ich kann den Staatsanwalt nicht hindern, noch weitere Zeugen zum Schutz seines Klienten — denn das ist Graf Westarp — zu laden. (Der Vorsitzende rügt diese Bezeichnung.) Ich kann den Ausdruck nicht zurücknehmen. Ist es nach den gestrigen Vorgängen nicht berechtigt, wenn ich sage, Graf Westarp ist der Klient des Staatsanwalts?

Vors.: **Ich halte meinen Einspruch gegen diese Bezeichnung aufrecht.**

Nachdem sich Staatsanwalt Zumbroich gegen die Ausführungen des Verteidigers gewandt hatte, nahm Angeklagter Ledebour das Wort: Der Staatsanwalt will den Beweis da abschneiden, wo er anfängt, ihm unbequem zu werden. Zu den Vorgängen bei den „Vorwärts"-Kämpfen gehört auch das, was sich nach der Kapitulation zugetragen hat, denn das alles ist ein zusammenhängendes Ganzes. Die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp ist schon durch die Widersprüche in seinen eigenen Aussagen erschüttert. Er behauptete, er habe von den ganzen Mißhandlungen der Gefangenen nichts gesehen und nichts gehört. Er hat behauptet, nichts davon zu wissen, daß die Parlamentäre erschossen worden sind. Kurz darauf mußte er aber zugeben, in linksstehenden Zeitungen — er sagte gestern, er möchte sie nicht mit der Kneifzange anfassen — gelesen zu haben, daß Parlamentäre erschossen sind und zwar an demselben Ort wo er sie hingeschickt hatte und zu derselben Zeit und in derselben Zahl. Da mußte er doch auf den Gedanken kommen, daß das dieselben Parlamentäre sind, die er dorthin geschickt hatte. Aus der gestrigen Aussage der Frau Steinbring ging ja hervor, daß Graf Westarp selber die Parlamentäre hat ermorden lassen.

Vorsitzender: Gegen diesen Vorwurf muß ich den Zeugen in Schutz nehmen. Es hat sich noch nicht das Geringste dafür ergeben, daß sich der Zeuge Graf Westarp eines so schweren Verbrechens schuldig gemacht hat.

Angekl. Ledebour bleibt bei seiner Auffassung und verweist noch darauf, daß Graf Westarp, als die ersten Zeugen gegen seine Glaubwürdigkeit vernommen werden sollten, den Staatsanwalt um Rat gefragt hat, wie er sich gewissen Fragen gegenüber verhalten solle. Das spreche doch auch gegen die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp.

Der Vorsitzende bemerkt, es sei seinerzeit bei der Erörterung dieses Vorganges festgestellt worden, daß Graf Westarp in einer anderen, dienstlichen Angelegenheit einen anderen Staatsanwalt aufsuchte und dabei mit dem Staatsanwalt Zumbroich zusammentraf.

Angekl. Ledebour: Aber bei diesem „zufälligen" Zusammentreffen hat doch Graf Westarp den Staatsanwalt um Rat wegen seines Verhaltens als Zeuge gefragt, und der Staatsanwalt hat ihm den Rat gegeben, sich an den Vorsitzenden zu wenden, wenn er Bedenken habe, eine Frage der Verteidigung zu beantworten. Gestern hat ja Graf Westarp diesen Rat befolgt, als ich eine Frage an ihn stellte.

Das Gericht beschloß, die von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen zu vernehmen. Der erste derselben ist

Feldwebel Franz Engelke. Er gehörte dem Stoßtrupp an, der den „Vorwärts" erstürmte, und macht Angaben über die bekannten Vorgänge **während des Kampfes bis zur Uebergabe des „Vorwärts".**

Rechtsanw. Herzfeld stellt eine Frage, die sich auf einen Vorgang unmittelbar nach der Uebergabe bezieht.

Das Gericht beschließt, die Frage nicht zuzulassen, weil sie nicht zur Sache gehöre und mit dem Gegenstand des Prozesses nicht im Zusammenhange stehe. Wenn in den letzten Tagen Zeugen über spätere Vorgänge vernommen wurden, so sei das geschehen, um die beanstandete Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp nachzuprüfen. Für die Beurteilung der dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen seien die späteren Vorgänge nicht von Bedeutung.

Rechtsanw. Herzfeld und Angeklagter Ledebour verlangen, daß die Zeugenvernehmung auch auf Vorgänge nach der Uebergabe des „Vorwärts" ausgedehnt werde, der Beweis dürfe ihnen nicht abgeschnitten werden.

Der Vorsitzende bemerkt, das Gericht habe keine Veranlassung, seinen Beschluß zu ändern.

Zeuge Hauptm. v. Oppen macht ähnliche Angaben wie der Vorzeuge. Angekl. Ledebour erklärt, er habe kein Interesse an den Aussagen dieser Zeugen, wenn sie sich nur auf Vorgänge bis zur Einnahme des „Vorwärts" erstrecken. Die Staatsanwaltschaft fürchte wahrscheinlich, daß die Kameraden des Grafen Westarp in eine unangenehme Situation kommen, wenn sie über die späteren Vorgänge Angaben machen müßten, die mit denen des Grafen Westarp nicht übereinstimmen.

Die Beweiserhebung wird fortgesetzt mit der Vernehmung des Zeugen Erich Marx. Er sagt, am 6. Januar sei er im Auftrage von Ebert und Scheidemann nach der Kommandantur gegangen, um anstelle des im Marstall festgehaltenen Kommandanten Fischer die Geschäfte der Kommandantur zu übernehmen, bis dieser zurückgekehrt sei. Gegen Mittag kam Dorenbach und Albrecht vom Marstall auf die Kommandantur. **Albrecht stellte sich vor als der von der neuen Regierung Liebknecht, Ledebour, Scholze ernannte Kommandant und verlangte, daß ich ihm die Geschäfte übergebe. Albrecht sagte, die revolutionären Obleute hätten die neue Regierung ernannt, die Regierung Ebert-Scheidemann sei gestürzt, ihr sei nicht mehr Folge zu leisten. Ich verweigerte die Uebergabe der Kommandantur. Darauf drohten Dorenbach und Albrecht mit Gewalt,** wenn wir uns, wie sie sagten, dem Willen des Volkes nicht fügen würden. Ich blieb bei meiner Weigerung. Dorenbach und Albrecht gingen fort. Beim Hinausgehen hielt Dorenbach eine Ansprache an unsere Wache, er forderte sie auf, der neuen Regierung Folge zu leisten. Dorenbach brachte mir einen Brief mit von Fischer, der schrieb, er werde aus politischen Gründen im Marstall festgehalten und bitte uns, nichts zu seiner Befreiung zu unternehmen.

Rechtsanw. Herzfeld: Stand Grandke, der Kommandant der revolutionären Besatzung der Reichsdruckerei nicht als Spitzel im Dienst der Kommandantur?

Zeuge Marx: Das ist mir nicht bekannt, ich glaube es auch nicht, denn als unsere Truppen die Reichsdruckerei stürmten, leistete die Besatzung unter Führung ihres Kommandanten Widerstand.

Rechtsanwalt Herzfeld: Grandke war in Untersuchungshaft wegen seiner Teilnahme an der Besetzung der Reichsdruckerei. Er ist aus der Haft entlassen, ihm ist kein Prozeß gemacht worden. — Als der Verteidiger weitere Fragen zur Feststellung dieser Annahme stellt, fordert der Vorsitzende Angabe des Beweisthemas, dem diese Fragen dienen sollen.

Rechtsanwalt Herzfeld: Ich will beweisen, daß die Regierung Agenten unter der Besatzung der Reichsdruckerei hatte, denen sie Instruktionen gegeben hat und die ihr fortgesetzt Bericht erstatteten.

Das Gericht beschließt, diese Frage, weil nicht zur Sache gehörend, nicht zuzulassen.

Rechtsanwalt Herzfeld beantragt, den Staatsanwalt Heiner als Zeugen darüber zu vernehmen, daß Grandke als Agent der Kommandantur in der Reichsdruckerei tätig gewesen sei.

Staatsanwalt Ehrhardt widerspricht dem Antrage. Das Gericht will in der Mittagspause über denselben beraten.

Auf eine Anfrage des Angeklagten Ledebour antwortet der Zeuge Marx, vor seiner Ernennung zum Stadtkommandanten von Berlin sei er Generalstabsoffizier gewesen und habe in keiner Beziehung zu Ebert und Scheidemann gestanden. Seine Ernennung zum Kommandanten sei durch ein von Ebert und Scheidemann unterzeichnetes Schreiben erfolgt.

Industrie und Handel.

Börse.

Unter dem Eindruck Wiener Meldungen über die Einstellung des Zinsendienstes im Inlande und wenig befriedigender Nachrichten aus der Industrie eröffnete die Börse bei stillem Geschäft in schwächerer Haltung. Angeboten waren namentlich Montan- und Schiffahrtsaktien, während für Farbwerte ziemlich gute Meinung bestand. Von Eisenbahnen waren Prinz Heinrich kräftig gesteigert. Heimische Anleihen waren ungefähr behauptet; Kriegsanleihen stellten sich auf 70¾. Oesterreichische Anleihen gaben mehrere Prozent nach.

Die Wiener Börse.

Die Wiener Börse wurde gestern unter dem niederschmetternden Eindruck der Oesterreich zugedachten Friedensbedingungen dem Wunsche aller ihrer Mitglieder entsprechend geschlossen. Ueber den Zeitpunkt ihrer offiziellen Oeffnung kann zur Stunde noch nichts Bestimmtes gesagt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Forderungen der Magistratshilfsdiener.

In der Stadthalle nahmen gestern die dauernd Unterangestellten des Berliner Magistrats Stellung zu ihren Gehaltsforderungen. Sie verlangen wirtschaftliche Gleichstellung mit den Magistratsdienern und zwar ein Anfangsgehalt von 1800 M., steigend in 18 Jahren auf 2700 M. Hinzu kommen noch die Gehalts-, Kriegs-, Teuerungs- und Kinderzulagen. In ihrem dem Magistrat überwiesenen Beschluß weist diese schlechtbezahlteste Angestelltenkategorie auf die Bezüge ihrer im Bankgewerbe beschäftigten Kollegen hin, die bei wesentlich kürzerer Arbeitszeit ein Anfangsgehalt von 4200 M. haben. Ferner verlangen sie ebenso wie Magistratsdiener angestellt zu werden, und bei den Wahlen zu den Betriebsräten in die Gruppe der Angestellten und nicht der Arbeiter gerechnet zu werden. Der Referent, Stadtsekretär Ohlaf, forderte die Versammelten auf, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Der alte Kommunalfreisinn habe, so führte er aus, die schlechte Lage der Unterangestellten auf dem Gewissen, ihn gelte es zu bekämpfen in den Reihen der S. P. D.

Nach kurzer Debatte wurden einige, die Forderungen enthaltenen Resolutionen angenommen.

Groß-Berlin

Der Zweckverband soll Straßenbahnen kaufen.

Die Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung hatte im März einen Ausschuß eingesetzt, der die Frage sofortiger Uebernahme der Großen Berliner Straßenbahn auf den Zweckverband prüfen sollte. Ueber die Beratungen des Ausschusses berichtete Stadtrat Dr. Lohmeyer-Schöneberg in der heutigen Verbandsversammlung. Der Ausschuß hat durch drei Sachverständige (Oberingenieur Sauernheimer, Eisenbahndirektor a. D. Kranold, Stadtsekretär Poetzsch) den jetzigen Anlagewert des Unternehmens abschätzen lassen. Sie berechnen ihn wegen der schlechten Beschaffenheit der Wagen und Schienen und wegen der nicht mehr langen Vertragsdauer (bis 1949) auf etwa 106 Millionen Mark. Die Straßenbahndirektion ist allerdings mit ihren Schätzungen zu Phantasiepreisen gelangt, die sich zwischen 108 Millionen und 249 Millionen bewegen. Maßgebend kann aber nur der Ertrag sein, der von dem Tarif abhängt. Bis 1. Mai 1921 kann die Straßenbahndirektion überhaupt keine Tarifrevision verlangen, und auch dann braucht, wenn keine Einigung zustande kommt, kein Schiedsgericht zu entscheiden. Die Löhne betragen nach den letzten Erhöhungen im Jahr 72 Millionen Mark, über doppelt so viel wie im vorigen Jahr. Die deshalb bewilligte Tariferhöhung gilt nur bis 30. Juni 1919. Wird sie nicht weiter erstreckt, so hat die Gesellschaft einen Jahresverlust von 12 Millionen Mark. Muß sie mit dem wieder eintretenden niedrigeren Tarif bis 1921 weiter wirtschaften, so verliert sie 37 Millionen. Das ganze Unternehmen ist daher sehr viel weniger wert, als die Direktion herausrechnet. Der Ausschuß meint nun, daß nicht wieder der Verband einspringen soll, sobald die Lage für die Straßenbahn kritisch wird. Er empfiehlt, die Tariferhöhung nicht über den 30. Juni zu erstrecken. Gleichzeitig muß mit dem 1. Juli 1919 das Unternehmen auf den Zweckverband übergehen. Die Straßenbahngesellschaft, würde, wenn sie ablehnt, bei dem dann erst 1925 möglichen Erwerb vertragsmäßig 150 Millionen erhalten. Sie würde aber bis dahin 70—80 Millionen zugesetzt haben, so daß sie sich das wohl überlegen wird. Der Ausschuß hält für angemessen, der Straßenbahngesellschaft 100 Millionen Mark anzubieten, und bittet die Verbandsversammlung um den Auftrag zu sofortigen Verhandlungen mit der Gesellschaft. In der kurzen Diskussion erklärte namens aller sozialdemokratischen Mitglieder des Verbandes der Stadtv. Heimann-Berlin: Wir stimmen zu mit der Einschränkung, daß die Straßenbahnübernahme nicht zu einer Sanierung der Gesellschaft auf Kosten der Bevölkerung werden darf. Die Rechte der Arbeiter und Angestellten müssen vollkommen ungeschmälert bleiben, dann werden auch sie die Uebernahme aufs freudigste begrüßen. Der Verband, der noch von den Dreiklassenparlamenten der Gemeinden gewählt und daher gar nicht mehr existenzberechtigt ist, wird hoffentlich sich der ihm hier gestellten Sozialisierungsaufgabe nicht entziehen. Ein anderer Redner machte den Vorbehalt, daß nicht neue Lasten für die Gemeinden entstehen sollen. Im Schlußwort erweiterte der Ausschußberichterstatter jenen Antrag dahin, daß auch mit anderen Straßenbahngesellschaften Groß-Berlins verhandelt werden dürfe. Hiergegen wurde von mehreren Rednern das Bedenken geäußert, daß der Ausschuß sich zunächst nur mit der Frage des Erwerbs der Großen Berliner Straßenbahn zu beschäftigen gehabt habe. In der Abstimmung beschloß die Verbandsversammlung mit sehr großer Mehrheit nach dem Antrag des Ausschusses, daß die Tariferhöhung nicht über den 30. Juni erstreckt wird und daß sie zur Uebernahme der Großen Berliner Straßenbahn zum 1. Juli bereit ist. Sie ermächtigt den Ausschuß zu sofortigen Verhandlungen wegen Erwerbes der Aktiven zum Nennwert (100 Millionen Mark) und im Bedarfsfall auch zu Verhandlungen mit anderen Straßenbahnunternehmungen Groß-Berlins.

Zu dem „Militärexzeß auf der Heerstraße".

Man schreibt uns: Das Gouvernement Groß-Berlin klagt in Nr. 280 des „Vorwärts" über die immer wiederkehrende feindliche Haltung des Berliner Publikums bei den gelegentlichen Vorgehen der Soldaten gegen Glücksspieler und ähnliche Elemente. Auf den ersten Blick erscheint diese Klage jedem anständigen Menschen berechtigt und die Haltung des Publikums ganz unverständlich. Aber wie jede Wirkung ihre Ursachen hat, so wird man wohl auch hier nach Gründen oder Ursachen zu suchen haben, und besonders ein solcher Grund scheint mir immer wieder und überall vorhanden.

Wir kennen alle bereits zur Genüge das Wort von der neuen Zeit in Deutschland. Jeder Deutsche, der hinter dieser Auffassung steht, weiß, daß wir darunter die Umstellung vom System des Kommandos auf das System der Verständigung verstehen. Und in dieser Frage müssen die Behörden vorangehen. Hier fehlt wohl auch nicht der Wille, aber allzu häufig die Tat, die unablässige Bemühung, dem Volke den guten Willen zu zeigen, zu erklären, zu begründen, zu erläutern, in populärer Form mitzuteilen, jede nötige Maßnahme und erscheinende Härte. Das Volk will mitwissen, mitdenken und vielleicht mitraten können, denn es fühlt sich majorenn, reif und anteilpflichtig, wie anteilberechtigt. Daß diese Verständigungstaktik oft nicht in aufgiebigstem Maße seitens der Regierung und der anderen Behörden verfolgt wird, ist unzweifelhaft eine der törichtsten Unterlassungssünden.

Wenn der Führer der an der Heerstraße operierenden Soldaten beim Auftreten derselben nur einige Worte der Erklärung dem Publikum gegeben hätte, so wäre ohne Zweifel jede feindselige Haltung beseitigt gewesen. Statt dessen ist man einfach vorgegangen, was leicht erregbare Menschen leicht zu Unbedachtsamkeiten verleitet. Und so dürften wohl neun Zehntel aller beklagten Fälle liegen. Es ist erstaunlich, daß das Gouvernement Groß-Berlin diese Einsicht nicht aufbringt. Die Drohung mit „energischeren Maßnahmen" ist das genaue Gegenteil des Notwendigen, stärkt nur die Schlagworte gegen den „neuen Militarismus" und untergräbt die Gefolgschaft der Regierung. Gewalt ist der Todfeind der breiten Massen des Volkes geworden. Nach allem Vorangegangenen kann es auch nicht anders sein. Die Zukunft aber gehört den Verständigungswilligen. Zwang sei ein Nothehelf, tätiger guter Wille der Leitstern. Doch viel kostbarste Zeit ging schon dahin.

Der Kreistag Osthavelland setzt sich zusammen aus 16 Bürgerlichen, 15 Mehrheitssozialisten und 4 Angehörigen der U. S. P. D. Bei der gestrigen Tagung wurden in den Kreisausschuß 8 Mehrheitssozialisten, 1 Angehöriger der U. S. P. D., 1 Demokrat und 1 Deutschnationaler gewählt. Der Diätensatz für die Kreistagsangehörigen wurde auf 25 M. in Vorschlag gebracht.

Eine Versammlung der Metallarbeiter des Bezirks Süd fand gestern im „Gewerkschaftshause" statt; Referent war Sommerfeld (U. S. P.), Korreferent Erwin Barth (S. P. D.), Diskussionsredner Püschel, Weiß und Grün. Mit Dreiviertelmehrheit wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die Versammlung sich auf den Boden der von der S. P. D. geforderten Wirtschaftsräte stelle. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Wiederbenutzung des „Vorwärts" als Publikationsorgan verlangt.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters! Die Berliner Gewerkschaftskommission bittet uns mitzuteilen, daß die Eintrittskarten zu den demnächst stattfindenden Volkskonzerten, mit Ausnahme des 23. und 25. Juni, ausverkauft sind.

Der Verkauf dieser Karten findet nach wie vor im Zigarrengeschäft von Horsch, Engelufer 15, vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 4 bis 6 Uhr statt.

Die Arbeiterrätekonferenz der Elektro-Industrie findet nicht Freitag, den 6. Juni, da an diesem Tage die Vollversammlung der A.-Räte tagt, sondern Sonnabend, den 7. Juni, statt.

Hans Hochuli spricht Donnerstag 7½ Uhr in der Aula des Bismarck-Gymnasiums in Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 35/36, über: Wie soll der Sozialist in seiner Welt leben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Mariendorf. Morgen Donnerstag an Pferdehalter Haferschalen, Zentner 10 M., Pferd 40 Pfund. Bezahlung im Zimmer 20/21 des Rathauses 10—2. Ausgabe 1—3 im Futtermittellager Gymnasium, Eingang Rathausstraße. Säcke mitbringen. Lebensmittelkarte Ausweis.

Pankow. Von heute ab für die Woche vom 26. Mai bis 1. Juni auf Abschnitt N 5 der Einfuhrzusatzkarte 125 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte (1,85). Als Ersatz für fehlende Kartoffeln für die Woche vom 2. bis 8. Juni auf die Abschnitte 23d der Kartoffelkarte je 100 Gramm, also zusammen 200 Gramm Graupen. Die abgetrennten Abschnitte N 5 der Einfuhrzusatzkarte sind, zu 100 Stück gebündelt, bestimmt am Montag, den 9. Juni, bis 1 Uhr nachmittags bei der Fleischabteilung, Wollankstraße 131 abzuliefern, und zwar in verschlossenem, mit Angabe der Firma und Anzahl der Abschnitte versehenen Umschlage.

Stralau. Am Sonnabend auf die Abschnitte 31 und 32 außer Graupen noch ¼ Pfd. Pflaumen (1,23 M.).

Buchholz. Es sollen ausgegeben werden auf Nr. 29—30 250 Gramm Graupen, Nr. 31 150 Gramm Haferflocken, Jugendliche [illegible] 35 und 36 zusammen 150 Gramm Nudeln. Voranmeldung umg[illegible] 50 Gramm Talg Gemeindeverkaufsstelle Dienstag, den 10., nachmittags, Nr. 1—180; Mittwoch vormittag 181—360, nachmittags 361—540; Donnerstag vormittags 541—720, nachmittags 721—900; Freitag vormittags 901—1080, nachmittags 1081—1260; Sonnabend vormittags 1261—1440; Montag vormittags 1441—1620, nachmittags für den Rest. Genügende Mengen da, Anstehen überflüssig.

Schöneberg. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Magistratsvorlage auf Uebernahme der Hausmüllbeseitigung in die Verwaltung der Stadt und auf Errichtung einer Müllverbrennungsanstalt nach mehrstündiger Debatte genehmigt. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Küter, Dr. Chajes und Moß wurde das ablehnende Verhalten der rechtsstehenden „Neuen Fraktion", die immer wieder die Kommunalisierungen bekämpft und dabei das Interesse der Bevölkerung wahrzunehmen behauptet, als tatsächlich Hausbesitzer und Unternehmer freundlich gekennzeichnet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Rednerkursus heute 6 Uhr im „Jugendheim". Beide Kurse haben zum Thema: „Was ist die Weltrevolution?"

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Heute 7 Uhr im Lokal von Groll, Hennigsdorfer Str. 10: Vortrag: August Bebel. — Freitag 7 Uhr: Besprechung der Pfingstpartie.

Verbandstag der Zimmerer.

Hamburg, den 2. Juni.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer wird um 10 Uhr durch den Verbandsvorsitzenden Fritz Schrader eröffnet. Er heißt die Delegierten willkommen und führt aus, daß, nachdem der Krieg beendet, die Zimmerer zusammentreten, um über das Wohl und Wehe des Zentralverbandes der Zimmerer zu beraten. Es werden Schrader-Hamburg und Witt-Berlin zu Vorsitzenden, Lehmann-Hamburg und Nappel-Nürnberg zu Schriftführern gewählt. Als Vertreter für die Generalkommission ist Kube-Berlin und für den Deutschen Bauarbeiter-Verband Päplow anwesend. Die Zimmererorganisationen der Schweiz und Dänemarks senden Grüße, die österreichische und holländische Organisation werden Vertreter im Laufe der Tagung senden. Schrader-Hamburg verweist auf den vorliegenden gedruckten Geschäftsbericht. Ergänzend schildert er den Zustand der bei Beginn des Krieges eintrat. Die sofortige Einberufung einer Generalversammlung war nicht möglich, so daß Verbandsausschuß und Zentralvorstand zu wichtigen Entscheidungen gezwungen waren. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und die Verlängerung der Bezugszeit sei wohl der wichtigste Entscheid gewesen. Heute müsse es vom damaligen Standpunkt aus beurteilt werden. Redner geht dann auf die Entwicklung der Mitgliederbewegung ein und stellt fest, daß heute die Mitgliederzahl den Friedensstand erreicht hat. Er gedenkt dann der Toten, die im Felde gefallen und in der Heimat gestorben sind. Er spricht dann den Dank den Frauen aus, die in der Kriegszeit helfend eingesprungen sind. Uebergehend zu den Anträgen, bespricht er den Antrag, der den

Austritt aus der Generalkommission verlangt.

Die Generalkommission hat eine Taktik eingeschlagen, die im Interesse der Gewerkschaften lag, und wenn man das beurteilen will, muß man das tun unter Würdigung der Verhältnisse, und der Verbandsvorstand hat diese Taktik gebilligt. Was die Frage der Kriegsanleihe anbelangt, so haben wir uns nicht verpflichtet gehalten, jede Anfrage darüber zu beantworten. Wir haben Kriegsanleihe gezeichnet, aber nachdem sie in den politischen Streit gezogen, abgestoßen. Für uns kam nur der finanzielle Standpunkt in Frage. Redner geht dann auf die Arbeitsgemeinschaft ein und ersucht, die Anträge, die den Rücktritt verlangen, abzulehnen. In den weiteren Ausführungen bestreitet er die Notwendigkeit, die Aufgaben des Verbandes im Sinne des Antrages Bremen zu erweitern. Er behandelt dann alle Anträge, die eine Aenderung des Verbandes betreffen. Redner schließt seinen Bericht mit dem Ersuchen, daß die Besprechung im kameradschaftlichen Sinne erfolgen möge. Römer, der Hauptkassierer, sagt, daß die Finanzen ein Spiegelbild der Mitgliederbewegung ist. Die abnorme Mitgliederzahl in den Kriegsjahren lasse einen Vergleich mit früheren Jahren nicht zu. Das Verbandsvermögen unterliegt der Senkung des Geldwertes. Ein starker Reservefonds ist jetzt erst recht nötig, und die Generalversammlung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß er stark erhalten wird. Trotz der großen Ausgaben ist das Verbandsvermögen gestiegen, und dafür zu sorgen, war Pflicht der Zentralleitung. Kube-Berlin berichtet für den Verbandausschuß und verweist auf den gedruckten Bericht. Einige Fälle, die noch schweben, behandelt er besonders, so die vom Vorstande abgelehnte Unterstützung für die seinerzeit am Generalstreik beteiligten Mitglieder. Er behandelt dann die mit dem Vorstande gefaßten Beschlüsse und erklärt, daß sie gehandelt haben in dem Glauben, damit die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Bringmann-Hamburg berichtet über die Redaktion des „Zimmerer“, auf den Bericht verweisend führt er aus, daß die Haltung des Blattes der des Vorstandes entspreche. Bis zur Revolution sind Beschwerden nicht laut geworden, erst dann, als sich die Auffassung der Mitglieder änderte. — Mahn-Hannover gibt den Bericht der Generalrevisoren, er und Kühl-Bremen beantragen Entlastung des Kassierers. Die Mandatprüfungskommission berichtet, daß 86 Delegierte, 17 Gauleiter, 8 Vorstandsmitglieder und ein Vertreter des Ausschusses anwesend ist. Die Mandate werden anerkannt. In der Debatte über den Vorstandsbericht erhält Mally-Chemnitz das Wort. Er stellt fest, daß gegen die Auszahlung der Familienunterstützung kein Protest erfolgte, obwohl auch das ein Verstoß gegen das Statut war. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von einigen Rednern die Taktik der Verbandsleitung gutgeheißen, von anderen verurteilt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Am Donnerstag, den 5. Juni, 7½ Uhr, hält der Schriftsteller Hans Hochauf in der Aula des „Bismarck-Gymnasiums“, Wilmersdorf, Pfalzburger Strasse 30/31, einen

Pfingstvortrag

über das Thema:

Wie soll der Sozialist in seiner Welt leben?

Freie Aussprache. — Genossinnen und Genossen sowie Förderer der sozialistischen Idee sind eingeladen.
Gesamtüberschuß den Angehörigen der politischen Gefangenen

Kuhla-Pianos
Verkauf im Fabrikmagazin
N 31, Wattstr. 17/18.

Plättmaschinen
zum Bügeln feiner Wäsche bieten gute Grundlage zur selbständigen Existenz mit wenig Kapital. Drucksachen und Offerten kostenlos. 772
Forster Wäschereimaschinenfabrik
Rumsch & Hammer, Forst (Lausitz 126)

Gelegenheitskäufe in
Uhren
Brillant- u. Goldsachen.
G. Schliephacke, Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Aus erster Hand
kaufen Sie reelle Matratzen, einteil. 30,—, dreiteil. 40,— ab Lager: W. Reinecke, Katzbachstr. 28, part. (Vorderh.)
Fürs Landhaus: Metallbettst., Stahlmatr. f. jed. Holzbettstell. pass.

ZIGARREN
pro Mille von 650 Mark an
gibt in großen und kleinen Posten ab
Echter Schmalzer **Schnupftabak** Päckch. 35 Pfg.
Zigarren-Engros-Haus Neukölln
Neukölln, Schinkestraße 4-5.

Everth & Mittelmann
Gegr. 1875. Bankgeschäft Gegr. 1875.
Berlin C. 19, Petriplatz 4
gegenüber der Petrikirche
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 und 11541.
Geschäftsstunden 10—1, 3½—6 Uhr
Sonnabend Geschäftszeit 9—3 Uhr.
Anmeldung ausländischer Effekten kostenlos.
Gewissenhafte Beratung bei Anlage der freigewordenen Kapitalien.
Beste Verwertung ausländisch. Anleihen u. Coupons.

Buchführung
gründliche Unterweisung. F. Simon, Berlin W 35, Magdeburger Straße 24. Verlangen Sie gratis Probebrief. R*

Nervöse
Störungen u. Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Magen- u. Herzbeschwerden. Reichels „Baldrament“ (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilsam wirkendes Spezifikum, die natürliche Medizin f. d. Nerv. M. 3,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Ardeltwerke, G. m. b. H.
Eberswalde bei Berlin
Fernspr. No. 34, 389, 407 u. 410; Telegr.-Adresse: Ardeltwerk — Abteilung Zahnräderfabrik
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesandt. Körp. in 2-3 Arbeitstag. 142L*

Am Lager vorrätig:
Drehbänke
Fräsmaschinen
Bohrmaschinen
Hobel- u. Shaping-Maschinen 102/1
sowie alle anderen
Werkzeugmaschinen
neu u. gebraucht i. gr. Ausw.
A. Magnus, Berlin C. 25, Dircksenstraße, Bogen 137.

Spiegel,
2—3 Meter hoch, zu kaufen gesucht. Off. u. Agit. W 13882 bef. Rudolf Mosse, Berlin, Königstraße 56. 48/9

Zu verkaufen!
16 gute Stühle
à M. 20,—. 98D
Memeler Straße 66, Laden.

Gleichstrom-Drehstrommotoren
An- und Verkauf jeder Größe und Stromart.
Elektromotor Königstadt (Inhaber Rosenblüth)
Blumenstraße 88. Fernspr. Königstadt 2684.

Verkäufe

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Herrengarderobe! Goldsachen. Bettenverkauf. *

Abessinierpumpe, Sauger, Rohre, Gartenspritzen aufgebohrt billig. Schroeder, Hochstraße 33. 72/7*

Gardinenverkauf. Künstlergardinen, Zuggardinen, Tüllstores, Tüllbettdecken, Teppiche, Bettvorleger, Läuferstoffe, Tischdecken, Diwandecken, Portieren usw. finden Sie äußerst billig Gelegenheitskaufhaus Schönhorn, Ackerstraße 169/170, Eckhaus Elsasserstraße (Rosenthaler Platz). 120/2*

Teppiche, Läuferstoffe, Tischdecken, Diwandecken, Gardinen, Stores, Portieren, Tüllbettdecken, Steppdecken, Federbetten usw. billigst. Benzino Gelegenheitskäufe, Zehdenickerstraße 15 (nahe Rosenthaler Platz). 125R*

Leiterhandwagen. Handwagen jeder Art, Holzräder. Schmiede, Landsbergerstr. 19.

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenicker Straße 71. 121R*

Herrenanzüge, Paletots, Hosen, Jacketts, Damenmäntel, Röcke, Blusen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstr. 41 I. *

Nähmaschine, Sportwagen billig verkauft König, Lennestraße 78, Hof III. †167

Bluse, Seide, Größe 44. Pfeiffer, Gottschedstr. 1. 2958b

Sommerkleid, Kostüm, hochmodern, 95,—, Seidenröcke, Blusen, schick, 20,—. Tausinger, Mühlenstraße 1a II. (Schöneberg.) 48/7

Batisthemden, neu, Einzelverkauf. Danzigerstraße 38, eine Treppe rechts. 48/8

Handleiterwagen sowie Holzräder aller Größen. Kowalski, Neanderstraße 9. 48/5*

Vogelfutter verkauft „Vogelbörse“, Rungestr. 7. 2959b

Repetieruhr, 18 Kar., mit Stoppuhr, billig, 1200 Mark. Tempelhof, Friedrich-Karl-Straße 112 IV links. †128

Gardinenverkauf. Fenster 38 Mark, Storesverkauf, Teppichverkauf, Tüllbettdecken, Bettenverkauf. Admiralstraße 4, Leihhaus. 47/7*

Tabakpflanzen, Pflanzzwiebeln, Majoran, Gemüsepflanzen aller Art verkauft in großen und kleinen Posten Gärtnerei Seydel, Neukölln, Köllnische Allee 160. †79*

Handleiterwagen sowie Holzräder aller Größen. Kowalski, Neanderstraße 9. *

Feldschmieden, Drehbänke, Druckbänke, Bohrmaschinen, Schraubstöcke, Amboße, Richtplatten, Balanciers, Hebelscheren, Schleifmaschinen, Steckzeuge, Schmirgelscheiben, Sickenmaschinen, Kreisscheren, kleine Werkzeuge aller Art preiswert zu verkaufen. Freudenheim, Georgenkirchstr. 40. *

Kostüme, Wolle und Seide, Seidenmäntel, Seidenkostüme, elegante Sommerkleider, bildschöne Seidenkleider, Röcke, Blusen, Morgenröcke, Gelegenheitskäufe, sehr billig. Michaelis, Mauerstraße 80, eine Treppe, neben Clou. *

Zinkwaschfässer, Zober. Fabrik, Lausitzerstraße 43. †12*

Geschäftsverkäufe

Krankheitswegen Restauration zu verkaufen. Zu erfragen Charlottenburg, Expedition Sesenheimerstraße 1.

Möbel

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Vorzeiger unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Ebrisch, Straußbergerplatz 12, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 157R*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,—. Meicke, Augustistraße 22A, Quergebäude parterre.

Gelegenheitskauf. Küchen von 300 Mark an. Kein Laden. Küchenmöbel-Verkaufslager Meitinger, Brunnenstraße 60, Fernsprecher Norden 182. 28/2*

Möbel jeder Art auf Teilzahlung und bar. Große Auswahl. Kulante Bedingungen. Möbelhaus „Luisenstadt“, Cöpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 42R*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe *

Keinen Laden, daher billigste Preise bei Möbel-Einkäufen. Spezialität: komplette Schlaf-, Wohn-, Speise-, Herren-Zimmer. Moderne farbige Küchen. Auswahl in vier Etagen. Damitz, Rosenthalerstraße 46/47, Müllerstr. 181. *

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher stehen verschiedene Einrichtungen und Einzelmöbel zum spottbilligen Verkauf. Auch Ankauf gebrauchter Möbel. Otto Zibeke, Möckernstr. 25. 120R*

Aufgepaßt! Bettstelle mit Matratze 75, Kleiderspind 110, Vertiko 90, Waschtoiletten, Tische, Sofas, Polstersessel, Schreibtische, Federbetten, Bücherschränke, Läufer, Spiegel, Abwaschtische, Chaiselongues, billigst Lombardhaus, Alte Schönhauserstraße 29. *

Möbel-Kath liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen, Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 175R*

Möbel-Grau, Gneisenaustraße 10, Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel, Polsterwaren. Kasse und Teilzahlung. 132R*

Korbmöbel, Gelegenheit, neue Garnitur, vierteilig, 290,—, 285,— Mark. Einzelne Sessel 31—60 Mark. Biel, Skalitzerstraße 11. 2916b*

Schlafzimmer in reicher Auswahl, einfacher und elegantester Ausführung verkauft direkt an Private zu Engrospreisen. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstr. 27, „Bürohaus Börse“. 176/2*

Ausstellung modernster Küchen, farbig und lackiert, in allen Preislagen! Besichtigung erwünscht! „Berliner Möbelhaus“ M. Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstr. 25, Hochbahn Kottbusertor. Ich unterhalte keine Filialen! R

Moderne Küchen von M. 290 bis 1200, lackiert, lasiert und pitchpine, unerreichte Auswahl, billigste Preise, direkt ab Fabrik. Küchenmöbel-Fabrik-Lager Große Frankfurterstr. 4, Ecke Fruchtstraße. 169R*

Einzelne Sofas und Sessel, sowie komplette Klubgarnituren mit allerbesten Friedensbezügen aus Gobelin, Moquette, Velour und Leder in prima Verarbeitung. Nur eigene Anfertigung. Ferner empfehle ich mein großes Lager in gediegenen Herren-, Wohn-, Schlaf- und Speisezimmern in tadellosester Ausführung; trotzdem billigste Preise. Besichtigung sehr lohnend. Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Kottbuser Tor (Hochbahnstation).

Elegantes Herrenzimmer, Eiche, komplett, 24 Teile, und diverse andere Sachen verkaufe wegen Umänderung sofort billigst. Müller, Ravenéstraße 3 I. Tel.: Norden 4035.

Schlafzimmer von 725,—, Küchen, siebenteilig, von 375, preiswerte Speisezimmer, Herrenzimmer. Gelegenheit. Grüne Plüschgarnitur, mahagoni Damenschreibtisch, Vertiko, Tisch. Loewenberg, Potsdamerstr. 67, hochpart. 47/18*

Vollständige Stuben- und Kücheneinrichtung, nagelneu, spottbillig. Elsasserstraße 6 II links. †68*

Möbel, preiswert. Spezialität Stuben, Küchen, auch einzelne Möbelstücke. Eventuell Teilzahlung. E. A. Weißbach, Elsasserstraße 8, Rosenthaler Tor. *

Herumgesprochen haben sich unsere billigen Preise. Eichene Eßzimmer 1048—8750 Mark, Schlafzimmer 947,— bis 7750, eichene Herrenzimmer 968,— bis 8260,—, Wohnzimmer 735,— an, Küchen 455,— bis 2425,—. Qualitätsarbeit, viel Friedensmaterial, auch Einzelmöbel. Lieferung eigener Gespanne, auch außerhalb franko. Höffner-Möbel-Großhäuser, Veteranenstraße 11 bis 13 (verlängerte Invalidenstraße). *

Musikinstrumente

Nußbaumpiano, Prachtinstrument, Panzerstimmstock, Garantieschein, 2100,—. Blüthnerpiano spottbillig. Pianospeicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 169R*

Pianos, gute, gebrauchte, 1100 aufwärts, neue preiswert. Abendroth, Bülowstraße 44. 158R*

Adam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität. Münzstraße 16. 151R*

Adam. Harmoniums. Münzstraße 16. 151R*

Adam. Stutzflügel, große Auswahl. Münzstr. 16. 151R*

Adam. Reparatur-Stimmwerkstatt. Münzstr. 16. 151R*

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Mietpianos, preiswert. Sachler, Oranienburgerstr. 42. 14R*

Bierling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstraße 5. R

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 40R*

Rabenstein-Piano, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 74R*

Pianinos und Flügel, billige Gelegenheit, darunter Blüthnerpianos, Duysenpianos, Bielepianos, Quandtpianos, Bechsteinflügel, Steinwegflügel, Duysenflügel, Krieger, Neue Königstraße 21. (Alexanderplatz.) 94/12*

Preiswert neues Piano verkauft Liblasowski, Schöneberg, Feurigstraße 63. Gewerbliche Händler verbeten.

Pianos, preiswert. Lint, Klaviermacher, Bergstraße 25 (Invalidenstraße). Reparaturen. 44/1*

Fahrräder

Herrenrad, Damenrad mit Gummibereifung, Schläuche von 15 Mark an verkauft W. Seiffert, Kommandantenstraße 60. 174R*

Fahrrad, Friedensgummi, verkauft Zimmer, Trebbinerstraße 12, Hof III. 2959b

Fahrräder mit Gummi sowie Luftschläuche verkauft Streese, Grüner Weg 18. 106R*

Kaufgesuche

Quecksilber! Platinabfälle! Zahngebisse! Silberabfälle! Nickel! kauft zu Selbstverbrauchpreisen! Metallschmelze Baruch, Fennstraße 48. 46/1*

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend. „Metallschmelze Cohn“, Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 154R*

Edelmetalleinkauf Platinaabfälle, Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse. Frau Knuth, Zionskirchstr. 54. b*

Platin, Silber, zu Originalschmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 154R*

Borax, Paraffin, Wachs, Schellack, Leinölfirnis Friedenslacke und ähnliches kauft Wolter, Thaerstraße 6. 166R*

Sektkorke, gebrauchte, Stück 20 Pf., Weinkorke, lange, Stück 4 Pf., kauft Sperber, Zehdenickerstraße 13 (am Rosenthaler Tor). Norden 4803. 120/20*

Leinölfirnis, Standöl, Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. Nollendorf 2879. 100/3*

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft jeden Posten Zweig, Invalidenstraße 142. Norden 9643. *

Elektrische Installations-Materialien kauft laufend Buscher, Brandenburgstraße 29. Moritzplatz 12912. 162R*

Platinankauf. Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse, Münzen. Frau Linke, Bülcherstraße 40. 153R*

Teppiche, Möbel, Speisezimmer, Einzelmöbel, Gardinen kauft Schönhorn, Ackerstraße 169/170, Norden 10 896. 104/4*

Zelluloidabfälle, Schallplatten, Rechwalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor“, Alte Jakobstr. 138, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 858.) 114R*

Platinabfälle, Gramm bis 12 Mark, Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12858. 114R*

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniol, Aluminium, Quecksilber, Celluloid, Gold, Silber, Platin sowie alle Metallabfälle kaufen Peters, Prenzlauerstraße 24, Peters, Reinickendorferstr. 12, Möbus, Waldstraße 3, Ecke der Turmstraße, Ermel, Gubenerstraße 59, Ecke der Frankfurter Allee, Degener, Bahnstr. 46, Schöneberg. Händlern und Fabrikanten Extrapreise. Königstadt 2885. *

Spiralbohrer, Werkzeuge aller Art kauft Otto, Oranienstraße 173. 140R*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Cöpenickerstraße 22. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor“, Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße, Tel.: Moritzplatz 12 858. 114R*

Teppich, echten oder deutschen, 2 Brücken, guterhalten, bitte Größe mit Preisangabe. Kümmel, Borsigstraße 28, II vorn. 58/3b*

Firnis, Standöl, Friedens-Oellacke, Bleiweiß, Schellack kauft bestzahlend Alfred Hoffmann, jetzt Luisenufer 52. Untergrundbahn Prinzenstraße. Moritzplatz 12144 u. 1062. 105R*

Platinabfälle! Zahngebisse, Goldabfälle, Silberabfälle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, Militärtressen, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium, Zink, Blei höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei Weberstraße 31. Alexander 4242. *

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Zinnrohr! Stanniolpapier! Nickelabfälle! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! Ringe! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch“, Fennstraße 48. 1/1*

Schellack, Firnis, Lacke, Ankeröl, Paraffin usw. kaufen Winkler, Alte Schönhauserstraße 28. 196R*

Bienenwachs, Paraffin, Harz, Lacke, Schellack kaufen höchstzahlend Gebrüder Noack, Große Frankfurterstraße 26/28.

Elektromotore, Materialien kaufen laufend Gebrüder Sandmeyer, Markgrafenstraße 63 a. 70R

Firnis, Oele, Lacke, Schellack, Bleiweiß usw. kauft jeden Posten. Handlung chemischer Produkte, O. 34, Wilhelm-Stolzestraße 28. 2934b*

Fahrradgesuch. Motorradgesuch. Kümmerell, Große Frankfurterstraße 14. Alexander 3094. 107R*

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert A. Schumann, Große Frankfurterstraße 31 II. Königstadt 9914. 71R*

Nähmaschinen, gut erhalten, kauft höchstzahlend Kaliski, Chausseestraße 73/74. 113R*

Norden 1727. Wegen Aufräumens gebrauche ich Schlafzimmer, Speisezimmer, Klaviere, Teppiche, Betten sowie Einzelstücke höchstzahlend. Gottlieb, Elsasserstraße 28. 169R*

Schreibmaschinen kauft Reparaturwerkstatt Günther, Brückenstraße 5 b (Jannowitzbrücke). Moritzplatz 4706. *

Fahrräder, Decken, Schläuche, wenn auch entzwei, kauft und holt ab Gericke, Schöneberg, Kaiser-Friedrichstraße 9. 164R*

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker, Spuldraht, Wachsdraht kauft Großfeld, Kottbuserstraße 21. Moritzplatz 4016. 174R*

Küche, Stubenmöbel kauft Bonnes, Sebastianstraße 86. Telephon: Moritzplatz 15405.

Metallschmelze kauft Messing, Kupfer, Zinn, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen. Christiansen, Reichenbergerstraße 22 (Kottbuser Tor). 78R

Spiralbohrer kauft Renner, Holzmarktstraße 13, Seitengebäude parterre links. 1—4 Uhr. 2906b

Kaufe jeden Posten Fahrraddecken und Schläuche sowie gebrauchte Fahrräder. Streese, Grüner Weg 18. 106R*

Spiralbohrer, Werkzeuge, nur neue, Motore, Schreibmaschinen, neue und gebrauchte, kauft laufend Richard Berlin, Moabit, Wiebestraße 16. 73R*

Teppich, 2 Fenster Gardinen kauft nur von Privaten Tannenzapf, Weinmeisterstraße 8. Norden 4197. *

Glimmer kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220. 178/10*

Nickelin oder andere Widerstandsdrähte kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220. 178/18*

Kupferdrähte, Klingelleitung, Benzin, Messingblech kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220. 178/8*

Elektromotore kauft auch repariert Elektro-Kuttner, Prenzlauer Allee 220. Königstadt 3092. 178/9*

Kaufe Plane, Bindfaden, Säcke und Garne zu höchsten Preisen. Engel, Wollenbergerstraße 7. Postkarte genügt.

Unterricht

Kaufmännische Privatschule Paul Kowalski, Köpenickerstraße 148, am Schlesischen Bahnhof. Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung. Tages- und Abendkurse. 117R*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Debattenschrift, 3 Monats-Abend-Lehrgang beginnt Anfang Juli 1919. Kaufmännische Privatschule von Max Scholich, Inhaber Emil Walther, Schloßplatz, Brüderstraße 30. Fernsprecher Zentrum 3677. 138R*

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung, Beruf und Hausbedarf. Schnittmuster, Modejournale. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher Königstadt 330. 120R*

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen, Englisch und Französisch 10 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen, Einzelunterricht während des ganzen Tages. Prospekt kostenlos. Leipzigerstraße 123a, Tauentzienstraße 19a. 193R*

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Ausbildung zu Werkmeistern, Technikern, Konstrukteuren, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. Abendkurse, Tageskurse. Neuer Kursus beginnt 16. Juni. 45/12*

Dr. Fackelmanns Einjährigen- und Abiturienten-Vorbereitungs-Anstalt Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 198. Freiprospekte! Uhland 3890 (3—4). *

Kaufmännische Privatschulen von Ludwig Röner, Hackescher Markt, Neue Promenade 3 (Bahnhof Börse), Spittelmarkt, Seydelstraße 1. Anfang Juni beginnen Privatzirkel (5 Teilnehmer). 1. Juli beginnen Einhalbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf. Der Unterricht wird vormittags, nachmittags oder abends erteilt und umfaßt alle oder einzelne der folgenden Fächer: Rechnen, Buchführung (einfache, doppelte, amerikanische), Schriftverkehr, Handelskunde (Wechsel-, Scheckkunde, Kontorlehre), Schönschreiben, Kurzschrift, Maschineschreiben, Deutsch, Englisch, Französisch. Lehrpläne kostenfrei. Anmeldungen jederzeit. 121/7*

Verschiedenes

Kostenfreie Raterteilung, allerbilligste Prozeßführung, Ehescheidungs-, Alimenten-, Pfändungs-, Strafsachen, Unterstützungs-, Rentengesuche, Verpachtungen, Beweismaterial, von Hamißler, Borsigstraße 11 (Stettiner Bahnhof). *

Rechtsberatung kostenlos! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Prozeßführung vor allen Gerichten! Gesuche! Rechtshilfsstelle Neukölln, Berliner Straße 102. (Hermannplatz.) Auch Sonntags! 127R*

Dauerwäsche reinigt, verfeinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 78R*

Rechtsauskunftei Invalidenstraße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittlungen. 103R*

Detektei, Auskunftei, Ermittlungen, Auskünfte, Ehescheidungsbeweise prompt, billig. „Klug“, Friedrichstraße 131 II. 71R*

Darlehen von 100 Mark aufwärts, kulant zu haben Danziger, Pößnerstr. 17, I. 106R*

Bücherrevisor Ulrich, Alexanderstraße 32 (Alexander 1027). Buchführung für Handwerker. 151R

Landrichter, außerdienstlich, Prozeßführung, Rechtsbeistand, Ermittelungen, Rat kostenlos. Lothringerstraße 47 (Rosenthalertor). 106R*

Kriegsanleihe, Auslandspapiere, Pfandscheine beleiht, kauft Beleihungsstelle für Wertpapiere, Holzmarktstraße 69/70. 45/4

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Junger Mann, 20 Jahre, ungelernt, gute Handschrift, 1½ Jahr im Felde (Wetterwarte) sucht irgendeine Beschäftigung. Brzesang, Heiligensee (Havel). 40/0

Aelterer Mann, 54, sucht zum 1. 7. oder später Stellung als Geschäfts-, Fabrik-Portier oder Schuldiener. Bitte gütige Offerten Herm. Wellinerstraße 23. 43/1

Stellenangebote

Tüchtige Werkzeugdreher, Werkzeugschlosser, Mechaniker, Elektromechaniker gesucht. Westfälische Metall-Industrie A.-G., Lippstadt. 151R*

Wagenlackierer, perfekte, stellt ein Gatzsche u. Prolt, Belle-Alliancestraße 92. 2967b

Selbständigen Elektromonteur gesucht. Maiern, Zimmerstraße 48 a. 151R

Kutscher sucht Dampfwäscherei „Hollandia“, Kopischstraße 1. Südwest. 2966b

Lehrlinge stellt bei hohem Kostgeld und 3½ jähriger Lehrzeit ein Ch. Puls, Eisenkonstruktions- und Kunstschmiedewerkstatt. Berlin-Tempelhof, Germaniastraße 157/158. 151R

Kontorbursche verlangt. Christianiastraße 112/113. 148

Laufburschen, 14—16 Jahre alt, fleißig und zuverlässig, bei 25 Mark Lohn die Woche sofort gesucht. Wilhelmstraße 22, parterre links. 2967b

Laufbursche, jüngerer, ordentlicher, verlangt. Werkzeugmaschinenfabrik Scheu, Charlottenburg-Moabit, Neues Ufer. 151R

Laufbursche, schulentlassen, sucht Ch. Puls, Berlin-Tempelhof, Germaniastr. 157/158.

Jüngere Bureau- und Laufburschen für Versicherungsbureau gesucht. (Nähe Halleschen Tor.) Geteilte Arbeitszeit. Schriftliche Meldungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen wären einzureichen unter R. 24 Hauptexpedition Vorwärts. 2931b*

Straußfedern. Geübte Näherinnen sucht Adolf Rosen, Wallstraße 16. 151R*

Fantasiefedern. Geübte Näherinnen sucht Adolf Rosen, Wallstraße 16. 151R*

Lehrmädchen für Putz-Fabrikation sucht Adolf Rosen, Wallstraße 16. 151R*

Arbeiterinnen sucht Wäscherei Hollandia, Kopischstraße 1, Südwest. 2946b*